

„Die russische Gefahr im deutschen Hause“: Otto Hoetzsch als Kritiker der deutschbaltischen Rußlandpolitik im Ersten Weltkrieg*

von

Uwe Liszkowski

Während des Ersten Weltkrieges versuchten in Deutschland Interessengruppen, Publizisten und in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaße Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen und unterschiedlicher politischer Überzeugungen, Einfluß auf die Ziele und die Führung der deutschen auswärtigen Politik zu gewinnen. Eine Flut von Aufsätzen, Broschüren und „vertraulichen“, „als Manuskript“ gedruckten, freilich trotzdem weit verbreiteten Denkschriften ergoß sich über das deutsche Volk. An diesem „Krieg der Geister“¹, wie er zu Recht genannt worden ist, beteiligten sich Berufene und weniger Berufene. So mancher Gelehrter, den es in einer Aufwallung patriotischen Gefühls aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaften hinausdrängte ins fremde Feld der Weltpolitik, war der neuen Aufgabe nicht gewachsen. Zum einen fehlte es an den notwendigen Fachkenntnissen und dem geschulten politischen Sinn, zum anderen schien angesichts der außergewöhnlichen Umstände die strikte Beachtung der bewährten wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisprinzipien entbehrlich. Eine nicht seltene Folge war die Reproduktion von Halbwissen, Vorurteilen und ungenügend durchdachten Projekten, die sich nur durch einen dünnen, freilich blendenden Firnis von Wissenschaftlichkeit von der Projekteschmiederei deutscher Stammtischpolitiker unterschied.

Seit den bahnbrechenden Arbeiten Fritz Fischers² ist die deutsche Kriegszielpublizistik wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gewesen.³ Die verschiedenen politischen Konzeptionen, ihr Wandel im Laufe des Krieges

*) Vortrag, gehalten auf dem 39. Baltischen Historikertreffen in Göttingen am 25. Mai 1986.

1) H. Kellermann: Der Krieg der Geister. Eine Auslese deutscher und ausländischer Stimmen zum Weltkrieg 1914, Dresden 1915.

2) F. Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1962.

3) Eine Sammlung der wichtigsten Denkschriften und Stellungnahmen findet sich in: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, hrsg. von R. Opitz, Köln 1977, S. 211–466; K. Schwabe: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen u. a. 1969; L. Lewerenz: Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918, Diss. (masch.), Hamburg 1958; B. Mann: Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914–1918, Tübingen 1965; G. Linde: Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg, Wiesbaden 1965; H.-E. Volkmann: Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur „Kriegszieldiskussion“, Köln, Wien 1970.

und die hinter ihnen stehenden Kräfte sind bekannt. In den Grundzügen bekannt ist auch die unerhört scharfe Kontroverse zwischen dem deutschbaltischen, in Tübingen lehrenden Mediävisten Johannes Haller und dem Berliner Osteuropahistoriker Otto Hoetzsch über die deutsche Rußlandpolitik.⁴ Während jedoch der deutschbaltische Standpunkt, wie ihn Haller zum Ausdruck brachte, verschiedentlich untersucht worden ist, bedürfen die von seinem Kontrahenten vorgebrachten Argumente noch einer genaueren Analyse. Sie wird zwar keine grundlegend neuen Erkenntnisse zutage fördern, möglicherweise aber zu einem vertieften Verständnis der deutschen Kriegszielpublizistik und ihrer Bewertungsmaßstäbe beitragen.

Deutschbalten haben sich in großer Zahl an den Auseinandersetzungen über die Ziele der deutschen Politik im Kriege beteiligt.⁵ Eine Breitenwirkung erzielten vor allem der Publizist Paul Rohrbach⁶ und die Historiker Theodor Schiemann⁷ und Johannes Haller mit unzähligen Artikeln in Tageszeitungen, Wochenblättern und Zeitschriften sowie mit Broschüren in hoher Auflage. Die Deutschbalten bildeten dabei keineswegs eine politisch homogene Gruppe. Trotzdem ist es erlaubt, in dem Kontext der Kriegszielerörterungen weiterhin den Kollektivbegriff „die Deutschbalten“ zu verwenden – allerdings mit der wesentlichen Einschränkung auf die im deutschen Reich agierenden Deutschbalten. Denn daß die in den baltischen Provinzen lebenden Deutschen als russische Untertanen sich nicht offen an der Auseinandersetzung über die deutschen Kriegsziele beteiligen konnten, versteht sich von selbst. Inwieweit die von ihnen erwartete Loyalität gegenüber dem Zaren und dem russischen Reich freiwillig oder nur dem Zwang der Umstände folgend geleistet wurde, bedarf einer gesonderten, methodisch freilich nicht ganz einfachen Untersuchung. Für beide Haltungen lassen sich Beispiele finden.⁸

4) M. Hellmann: Zur Kontroverse zwischen Johannes Haller und Otto Hoetzsch. Der Disput aus heutiger Sicht, in: *Osteuropa* 25 (1975), S. A 442–457.

5) Neben der in Anm. 2 erwähnten Literatur vgl. auch W. Lenz: Baltische Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Broschürenliteratur über die Ostseeprovinzen Rußlands, in: *Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917*, hrsg. von A. Ezergailis u. G. von Pistohlkors (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, Bd. 4), Köln, Wien 1982, S. 187–204.

6) W. Mogk: Paul Rohrbach und das „Größere Deutschland“. Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter. Ein Beitrag zur Geschichte des Kulturprotestantismus, München 1972; H. Bieber: Paul Rohrbach. Ein konservativer Publizist und Kritiker der Weimarer Republik, München 1972; P. Borowsky: Paul Rohrbach und die Ukraine. Ein Beitrag zum Kontinuitätsproblem, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. von I. Geiss u. B. J. Wendt, Düsseldorf 1973, S. 437–462.

7) K. Meyer: Theodor Schiemann als politischer Publizist, Frankfurt a.M., Hamburg 1956.

8) Neben den zahlreichen Deutschbalten, die loyal in der russischen Armee kämpften, und denen, die bei Kriegsausbruch aus dem Deutschen Reich zu den russischen Fahnen eilten, stehen die, die es vorzogen, bei Kriegsausbruch gleich in Deutschland zu bleiben, die, die während des Krieges nach Deutschland flohen und sich der dorti-

Die an der Kriegszielpublizistik beteiligten Deutschbalten einte über alle Unterschiede ihrer politischen Grundüberzeugungen hinweg ein überzogenes Überlegenheitsgefühl gegenüber den russischen Menschen und der russischen Kultur, das sich bei den meisten von ihnen bis zur Verachtung steigerte, und der Haß gegen den russischen Staat. Es war eine Abwehrreaktion auf die Bedrohung ihrer privilegierten sozialen und politischen Stellung und auf die Russifizierungspolitik Alexanders III.⁹ Auch die Deutschen, die nicht unter dem russischen Druck ihre Heimat verlassen hatten, teilten in erheblichem Umfange diese Sichtweise.¹⁰ Unisono forderten die deutschbaltischen Emigranten während des Krieges die Abtrennung der westlichen Grenzgebiete vom Zarenreich. Nur die „Zerlegung des russischen Kolosses in seine natürlichen, geschichtlichen und ethnographischen Bestandteile“, schrieb Paul Rohrbach, könne für Deutschland die „russische Gefahr“ bannen.¹¹ „Die russische Gefahr“ war auch der bezeichnende Titel einer von ihm herausgegebenen Schriftenreihe. Er war überzeugt, „daß Rußland sich auseinandernehmen läßt wie eine Apfelsine, wo bei gehöriger Vorsicht durch keinen Riß und keine Wunde ein Tropfen Saft zu fließen braucht“.¹² Diese „Apfelsinentheorie“ oder – nach einem anderen Bilde – „Artischockentheorie“ einer Dekomposition Rußlands in seine nationalen Bestandteile war Allgemeingut der Deutschbalten.

gen deutschbaltischen Politik und Propaganda zur Verfügung stellten, sowie schließlich diejenigen, die die deutschen Truppen beim Einmarsch in den baltischen Provinzen begeistert als „Befreier vom russischen Joch“ begrüßten. – Daß im übrigen infolge der Russifizierung die Loyalität vieler Balten immer weniger dem Russischen Reich, sondern allein dem Zaren galt, betonte bereits R. Wittram: *Baltische Geschichte. Die Ostseelände Livland, Estland, Kurland 1180–1918*, München 1954, S. 223.

9) Hierzu jetzt der Sammelband „Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914“, ed. E. O. Thaden, Princeton 1981; G. von Pistohlkors: *Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution. Historische Studien zum Problem der politischen Selbsteinschätzung der deutschen Oberschicht in den Ostseeprovinzen Rußlands im Krisenjahr 1905* (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 48), Göttingen 1978; ders.: „Russifizierung“ und die Grundlagen der baltischen Russophobie, in: *ZfO* 25 (1976), S. 618–631; L. K. Campion: *Behind the modern Drang nach Osten. Baltic Emigrés and Russophobia in the 19th-Century Germany*, Ph. D. Diss. Bloomington 1966.

10) Wittram (wie Anm. 8), S. 224. – Aufmerksamkeit verdient die Bemerkung des deutschen Generalkonsuls Ohnesseit in Riga zu einem stark rußlandfeindlichen Artikel von Max von Sivers-Roemerhof von Ende 1905. Er spreche nur aus, so Ohnesseit, was die meisten seiner Standesgenossen dächten, auch wenn sie im Gegensatz zu Sivers „der Not gehorchend“ eine Annäherung an das Großrussentum suchten. Vgl. G. von Pistohlkors: *Zielkonflikte deutschbaltischer Politik nach der revolutionären Krise von 1905. Zur Beurteilung der „Anleihaktion“ der livländischen Ritterschaft und der Stadt Riga in Berlin in den Jahren 1906/07*, in: *Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917* (wie Anm. 5), S. 142, Anm. 34 u. 35.

11) P. Rohrbach: *Rußland und wir*, in: *Das Größere Deutschland* 1 (16. 12. 1914), S. 1150. – J. M. Haar: „The Russian Menace“: *Baltic German Publicists and Russophobia in World War I Germany*, Ph. D. Diss. Georgia 1977.

12) Rohrbach, ebenda.

Meinungsunterschiede gab es nur hinsichtlich des Umfangs und der künftigen politischen Gestalt der abzutrennenden Gebiete.

Verständlicherweise ging es den Deutschbalten zuerst und vor allem um die Abtrennung ihrer baltischen Heimat. Nur in einem engen Anschluß an Deutschland sahen sie bis auf wenige Ausnahmen die einzige Rettung vor einer Russifizierung der drei Provinzen Estland, Livland und Kurland. Als Staatssekretär von Jagow gegenüber derartigen Forderungen Einwände erhob, protestierte der Baltische Vertrauensrat am 28. Juli 1915 beim Reichskanzler Bethmann-Hollweg. „Wir haben nur die Alternative: von Deutschland annektiert oder von Rußland massakriert zu werden.“¹³ Daß über vier Fünftel der Bewohner Esten und Letten waren, bereitete ihnen kein Kopfzerbrechen, denn entscheidend für sie war nicht die Masse, nicht die bloße Zahl, die mechanische demokratische Mehrheit, sondern allein der Geist, der das Land in Jahrhunderten schöpferisch gestaltend geprägt hatte. „Nicht zählen heißt es hier, sondern wägen!“¹⁴ Aus dieser Perspektive betrachtet konnte es für sie keinen Zweifel geben, daß es sich bei ihrer Heimat um „die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands“ handelte. Unter diesem programmatischen Titel war 1915 auf Veranlassung des Baltischen Vertrauensrates von „Kennern der baltischen Provinzen“ eine vertrauliche Denkschrift im Umfang von 80 Folioseiten verfaßt worden, die als repräsentativ gelten kann für die Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Deutschbalten.¹⁵ Als wichtigste Ergebnisse der – nach eigenen Angaben – „auf wissenschaftlichen Grundlagen ruhenden Ausführungen“ hielt sie fest: „1. Die Kultur der Ostseeprovinzen ist deutsch. Sie ist es seit der Gründung der deutschen Kolonie gewesen, ihre ganze Geschichte hindurch ... und ist es noch heute. 2. Auch die Kultur der Letten und Esten ist deutsch.“ Rohrbach fand für diese Auffassung die prägnante Formulierung: Esten und Letten seien „ihrem Kulturstande nach nicht deutsch sprechende deutsche Bauern“.¹⁶ Die Rettung dieser ältesten deutschen Kolonie vor dem russischen Joch, so wurden die Balten nicht müde zu betonen, sei eine nationale Ehrenpflicht des deutschen Mutterlandes. Neben den vorrangigen nationa-

13) Lewerenz (wie Anm. 3), S. 169.

14) H. v. R.: Die Bevölkerung, in: Die Deutschen Ostseeprovinzen (wie Anm. 15), S. 10.

15) Die Deutschen Ostseeprovinzen Rußlands geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich dargestellt von Kennern der Baltischen Provinzen, Berlin 1915. – Vgl. hierzu Lenz, Baltische Propaganda (wie Anm. 5), S. 192f. und die im Anhang, S. 203–04, im Wortlaut wiedergegebenen 12 Hauptthesen der Denkschrift.

16) P. Rohrbach: Rußland und wir, Stuttgart 1915, S. 58. Die Auflage des von mir benutzten Exemplars wird mit 26.–30. Tausend angegeben. Die Schrift ist bis auf das 2. Kapitel „Rußland während des Krieges“ im wesentlichen identisch mit: Russisches, im Auftrag der Mitarbeiter hrsg. von P. Rohrbach, o. O., o. J. [1915] Ähnlich wie Rohrbach hatte schon M. von Sivers-Roemerhof 1906 die lettische und estnische Kultur als deutsch mit Ausnahme der Sprache gekennzeichnet. Von Pistohlkors, Zielkonflikte deutschbaltischer Politik (wie Anm. 10), S. 132, Anm. 12.

len Gründen führten sie des weiteren strategische, ökonomische und siedlungs-politische Argumente für eine Annexion der baltischen Provinzen durch Deutschland ins Feld. Viele Reichsdeutsche zeigten nun im Unterschied zur Vorkriegszeit mehr als nur „ein gemütliches Interesse“ an den Balten¹⁷ und unterstützten deren politische Forderungen.¹⁸ Das war eine Folge der massiven baltischen Propaganda, sicherlich aber auch ein Ergebnis der Wandlung, die der deutsche Nationalismus in der Zeit des Wilhelminischen Imperialismus durchgemacht hatte.¹⁹ Das Anwachsen russophober Einstellungen in Publizistik und Politik²⁰, von Deutschbalten nach Kräften gefördert, trug jetzt Früchte. Außer den baltischen Provinzen sollten zumindest noch Polen, Litauen und die Ukraine von Rußland abgetrennt werden, um die „russische Gefahr“ ein für alle Mal zu bannen. Die Abtrennung Polens schien zudem historisch gerechtfertigt.^{20a} Litauen durfte aus geopolitischen Gründen als Bindeglied zwischen den baltischen Provinzen und Polen nicht fehlen. Über die Ukraine herrschten dagegen bei Kriegsausbruch in Deutschland nur ganz vage Vorstellungen. Das änderte sich rasch unter dem Einfluß einer breiten nationalukrainischen Propaganda.^{20b} Die Ansichten der ukrainischen Nationalisten über

17) So die bekannte Kennzeichnung Bismarcks. O. von Bismarck: Die gesammelten Werke, Bd. 6b, Berlin 1931, S. 13. H. Muskat: Bismarck und die Balten. Ein geschichtlicher Beitrag zu den deutschbaltischen Beziehungen (Historische Studien, Bd. 260), Berlin 1934; J. von Hehn: Die baltische Frage zur Zeit Alexanders III. in Äußerungen der deutschen Öffentlichkeit, Marburg 1953; G. H. Schlingensiepen: Der Strukturwandel des baltischen Adels in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, Marburg 1959, S. 110ff.; P. Krupnikov: Der Meinungskampf in der Publizistik Deutschlands über die sozialen und nationalen Probleme der Revolution von 1905 in Lettland, in: Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917 (wie Anm. 5), S. 173–185.

18) Volkmann, Die deutsche Baltikumpolitik (wie Anm. 3), S. 213, bestreitet dagegen eine „Breitenwirkung“, obwohl er nur eine Seite zuvor „eine Welle der Sympathie für die Balten“ während des Weltkrieges feststellte.

19) W. J. Mommsen: Das Zeitalter des Imperialismus (Fischer Weltgeschichte, Bd. 28), Frankfurt a. M. 1969; G. Eley: Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, New Haven, London 1980; H.-U. Wehler: Zur Funktion und Struktur der nationalen Kampfverbände im Kaiserreich, in: Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert, hrsg. von W. Conze u.a., Berlin 1979, S. 113–124.

20) F. T. Epstein: Der Komplex „Die russische Gefahr“ und sein Einfluß auf die deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von I. Geiss u. B. J. Wendt, Düsseldorf 1973, S. 143–160; R. Ropponen: Die russische Gefahr. Das Verhalten der öffentlichen Meinung Deutschlands und Österreich-Ungarns gegenüber der Außenpolitik Rußlands in der Zeit zwischen dem Frieden von Portsmouth und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Helsinki 1976.

20a) Z. Wilkiewicz: Deutsche Flugschriften zur Polenfrage im Ersten Weltkrieg, in: ZfO 33 (1984), S. 331–392.

20b) R. A. Mark: Zur ukrainischen Frage im Ersten Weltkrieg: Flugschriften des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ und ihm nahestehender Publizisten, 1914–1916, in: ZfO 33 (1984), S. 196–226.

Rußland, über die Unterschiede zwischen Ukrainern und Großrussen und über die Lebensfähigkeit eines unabhängigen ukrainischen Staates wurden von den baltischen Rußland„kennern“ bekräftigt und weitergetragen.

Zu den ganz wenigen prinzipiellen Gegnern der hier nur knapp umrissenen deutschbaltischen Randstaatenpolitik, deren Ziel im Kern die Zurückdrängung Rußlands auf den territorialen Umfang des Moskauer Staates vor Peter dem Großen war, gehörte Otto Hoetzsch.

1876 in Leipzig als Sohn eines Klempnermeisters geboren, hatte Hoetzsch²¹ als Dreiundzwanzigjähriger bei Karl Lamprecht mit einer sozialstatistischen Dissertation zur sächsischen Landesgeschichte promoviert.²² Nach der Jahrhundertwende setzte er neben der beruflichen Tätigkeit als Journalist seine sozialgeschichtlich orientierte Ausbildung in Berlin bei den Nationalökonomern Schmoller und Wagner und den Historikern Hintze und Breysig fort. 1906 habilitierte er sich mit einer umfangreichen Arbeit zur brandenburgischen Stände- und Verwaltungspolitik Ende des 17. Jahrhunderts.²³ Noch im Herbst des gleichen Jahres wurde er zum Professor an der Königlichen Akademie in Posen ernannt. Ausschlaggebend für die Berufung war die Tatsache, daß man ihn für befähigt hielt, neben allgemeiner Geschichte auch osteuropäische Geschichte auf wissenschaftlicher Grundlage lesen zu können.

Die unumgänglichen Voraussetzungen für ein selbständiges Arbeiten auf diesem Gebiet hatte er sich zielstrebig gleich nach seiner Übersiedlung nach Berlin angeeignet. Aus politischem und wissenschaftlichem Interesse erlernte er zunächst die russische und polnische, später noch weitere slawische Sprachen. Seit der Gründung im Jahre 1902 gehörte er dem Berliner „Seminar für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde“ an und arbeitete sich unter der Leitung des Deutschbalten Theodor Schiemann in die russische und polnische Geschichte ein. 1913 wurde er auf das neu geschaffene Extraordinariat für Osteuropäische Geschichte an der Berliner Universität berufen. Diese Stelle, 1920 in ein persönliches Ordinariat umgewandelt, hatte er bis 1935 inne, dann wurde er von den Nationalsozialisten trotz verschiedener Anpassungsversuche als Repräsentant der Rapallopolitik zwangspensioniert. Nach dem Ende des Krieges erhielt er sein Ordinariat zurück, stürzte sich schwerkrank mit rastlo-

21) G. Voigt: Otto Hoetzsch, 1876–1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers (Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd. 21), Berlin 1978 u. meine demnächst erscheinende Habilitationsarbeit U. Liszkowski: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch.

22) O. Hoetzsch: Die wirtschaftliche und soziale Gliederung vornehmlich der ländlichen Bevölkerung im meißnisch-erzgebirgischen Kreise Kursachsens. Auf Grund eines Landsteuerregisters aus der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts dargestellt (Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte, Bd. 6, H. 4), Leipzig 1900.

23) O. Hoetzsch: Stände und Verwaltung von Kleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697 (Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. 2), Leipzig 1908.

ser Energie in die neue Arbeit und starb völlig entkräftet am 27. August 1946, noch ehe er offiziell seine Lehrtätigkeit wieder beginnen konnte.

Hoetzsch hat Maßgebliches beim Aufbau der historischen und gegenwartsorientierten Osteuropaforschung in Deutschland geleistet. Schwergewicht seiner wissenschaftlichen Arbeit waren die russische Geschichte und Zeitgeschichte. Hinzu traten nach dem Ersten Weltkrieg die Kriegsschuldfrage und ein immer stärkeres Interesse an einer deskriptiven Politologie.²⁴

Die wissenschaftliche Arbeit als Historiker und Politologe füllte Hoetzschs Leben freilich nur zum Teil aus. Daneben stand seit seiner Studienzeit die Tätigkeit als politischer Publizist, außenpolitischer Kommentator und aktiver Politiker. Er engagierte sich in nationalen Verbänden, trat um 1910 der Deutsch-Konservativen Partei bei und gehörte als Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei von 1919 bis 1920 dem Preußischen Abgeordnetenhaus und von 1920 bis 1930 dem Deutschen Reichstag an. Seit dem Ersten Weltkrieg verfügte er über gute, teilweise ausgezeichnete Beziehungen zum Auswärtigen Amt, einzelnen Militärs, Diplomaten und Politikern.

Sein politisches Interesse läßt sich bis in die Studentenzeit zurückverfolgen, in der er entscheidend geprägt wurde im „Verein Deutscher Studenten“ (VDSt). Bei diesem Verein handelt es sich nicht um eine der herkömmlichen deutschen Studentenverbindungen wie etwa die Corps oder Burschenschaften. Der VDSt war vielmehr als nationalpolitischer „Kampfverein“²⁵ gegründet worden. Gestützt auf die „Deutschen Schriften“ Lagardes, die Rassenlehre Gobineaus und Chamberlains und das Machtstaatsdenken Treitschkes entwickelte er einen aggressiven völkischen Nationalismus.²⁶

Hoetzsch trat als gewandter, mitreißender Redner hervor, entwickelte ein systematisches nationales Schulungsprogramm und rückte als neue nationale Aufgabe den deutschen Imperialismus in das Zentrum dieser Arbeit. Dieses politische Interesse führte ihn zum wissenschaftlichen Studium Osteuropas.

In Posen stand er als führendes Mitglied des „Deutschen Ostmarkenvereins“ in vorderster Front des Nationalitätenkampfes. Er erlebte unmittelbar die elementare Kraft einer nationalen Bewegung. Deutlich erkannte er die Schwierigkeiten einer germanisierenden Ansiedlungspolitik.²⁷ Trotz größter Anstrengungen war ihr in mehr als einem Vierteljahrhundert kein entscheidender Durchbruch gelungen. Diese Erfahrungen blieben nicht ohne Einfluß auf sein Urteil über die nationale Frage in den baltischen Provinzen.

24) Vgl. hierzu im einzelnen Liszkowski (wie Anm. 21).

25) E. Hunkel: Der Verein Deutscher Studenten zu Berlin (Deutsch-Akademische Schriften, Bd. 1), Berlin 1912, S. 9.

26) Zur politischen Bedeutung und sozialgeschichtlichen Einordnung vgl. Liszkowski (wie Anm. 21) und K. H. Jarausch: Students, Society and Politics in Imperial Germany. The Rise of Illiberalism, Princeton 1982.

27) Vgl. hierzu die entsprechenden Kapitel bei Voigt und Liszkowski (beide wie Anm. 21).

Hoetzsch war kein Stubengelehrter. Seit 1904 unternahm er fast alljährlich ausgedehnte Reisen in das Zarenreich, um sein Studienobjekt aus unmittelbarer Anschauung und durch Gespräche mit Kollegen, Publizisten, Wirtschaftlern und Politikern besser verstehen zu lernen. Darin unterschied er sich von nicht wenigen emigrierten Deutschbalten, denen Rußland völlig fremd wurde und deren Bande selbst zu ihrer baltischen Heimat sich mit der Zeit lockerten. Das galt in hohem Maße für Haller, aber auch für Rohrbach, dessen letzte Rußlandreise lange zurücklag.

Wiederholt streifte Hoetzsch auf seinen Reisen auch die baltischen Provinzen. Mehrere Wochen weilte er als Gast von Baron Alexander von Meyendorff auf Gut Klein-Roop bei Riga, wo er die Edition der diplomatischen Korrespondenz von dessen Großonkel Peter von Meyendorff vorbereitete.²⁸ In dieser Zeit knüpfte er Beziehungen zu einer Reihe deutschbaltischer Historiker, die er für eine Mitarbeit an der von ihm mitgegründeten und redigierten „Zeitschrift für osteuropäische Geschichte“ zu interessieren wußte.²⁹ Einen „tiefen Eindruck“ machte auf ihn ein Besuch bei dem Gründer und Vorsitzenden des „Vereins der Deutschen in Kurland“ und bekannten Siedlungspolitiker Baron Karl von Manteuffel-Zoege in Katzdangen.³⁰ Zu seinen baltischen Bekannten zählte auch das Mitglied der Reichsduma und des Reichsrats, Hans Freiherr von Rosen. Den Kontakt hatte Leo Wegener, ein gemeinsamer alldeutscher Bekannter aus dem Posener Kreis um Alfred Hugenberg hergestellt.³¹ Die deutschnationale Einstellung so mancher Balten hatte Hoetzsch noch als Student einer Rede des späteren livländischen Landrates Erich von Oettingen im Leipziger Verein Deutscher Studenten entnehmen können. Mitglied des VDSt war der baltische Schriftsteller und alldeutsch eingestellte Publizist Jeannot Freiherr von Grotthuß, mit dem er wahrscheinlich in Berlin wiederholt zusammengetroffen ist. Einige von dessen Gedichten publizierte er in der von ihm herausgegebenen „Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart.“ Auch im Alldeutschen Verband, dem er angehörte, hatte man sich der Balten wieder erinnert und unter ihnen Gleichgesinnte gefunden.³² Zwischen 1901

28) A. von Meyendorff: Otto Hoetzsch 1876–1946. Some Recollections, in: *Slavonic and East European Review* 25 (1946/47), S. 496–507. – Peter von Meyendorff. Ein russischer Diplomat an den Höfen von Berlin und Wien. Politischer und privater Briefwechsel 1826–1863. Hrsg. u. eingeleitet von O. Hoetzsch, 3 Bde., Berlin, Leipzig 1923.

29) Hoetzsch an Theodor Schiemann, 24.10.1910. Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz. NL Schiemann, Nr. 80.

30) Ebenda. Über Manteuffel: Deutsch-baltisches biographisches Lexikon 1710–1960 (weiterhin zit.: DBBL), hrsg. von W. Lenz, Köln, Wien 1970, S. 487.

31) Bundesarchiv Koblenz (weiterhin zit.: BA), NL Wegener, Nr. 5.

32) Kurz erwähnt werden die bisher noch nicht systematisch untersuchten Verbindungen der Deutschbalten zu reichsdeutschen nationalen Vereinen bei G. Kroeger: Zur Situation der baltischen Deutschen um die Jahrhundertwende, in: *ZfO* 17 (1968), S. 630ff. u. ders.: Die Deutschen Vereine in Liv-, Est- und Kurland 1905/06–1914, in: *Jb. des baltischen Deutschtums* 16 (1969), S. 39–49.

und 1906 hielt er wiederholt Vorträge über „Die Balten in den Ostseeprovinzen“ im VDSt.³³ Als die Revolution von 1905 die Stellung der Deutschbalten heftig erschütterte, engagierte er sich im „Hilfsausschuß für die notleidenden Deutschen Rußlands“. Er appellierte an die „nationale Pflicht jedes Deutschen, hier an seinem Teile durch tatkräftige Hilfe die Treue zu vergelten, die das baltische Deutschtum durch sieben Jahrhunderte und drangvolle Zeiten hindurch uns gehalten hat!“³⁴

Die frühe Einstellung Hoetzschs zu den Deutschbalten war geprägt durch alldeutsche, völkische Vorstellungen, die durch Balten, die er in dieser Zeit kennenlernte, bekräftigt wurden.³⁵ Die Charakterisierung der baltischen Barone als „hochmütige und privilegierte Erobererkaste“ wies er als einseitig zurück. Ihm imponierte ihre Zähigkeit, ihre „in Jahrhunderten geschulte Kraft und Sicherheit“, durch die sie „diesen Zweig deutschen Wesens am Leben erhalten“ hatten.³⁶ Diese Haltung bewahrte er auch während des Krieges. Seine wiederholten Beteuerungen, die Balten seien „einer der edelsten Zweige des Deutschtums“³⁷, waren keine billigen Schutzbehauptungen, die den Vorwurf „Lump“³⁸ gerechtfertigt hätten.

Je intensiver sich Hoetzsch mit der russischen Geschichte und Gegenwart auseinandersetzte, desto stärker wurde ihm die Unangemessenheit der baltischen Perspektive und Wertmaßstäbe seines Lehrers Theodor Schiemann zur Beurteilung Rußlands bewußt. Und auch die politischen Wege von Lehrer und Schüler trennten sich. Schiemann hielt daran fest, daß „der gefährlichste und erbitterteste Feind des Deutschen Reiches und des Deutschtums überhaupt im russischen Volke zu suchen ist, wie das die Balten schon seit 50 Jahren richtig erkannt haben“.³⁹ Demgegenüber war Hoetzsch in dem Jahrzehnt vor

33) Nach den Angaben in der Verbandszeitschrift „Akademische Blätter“.

34) O. Hoetzsch: Nachwort zu A. Frhr. von Freytagh-Loringhoven. Die Krisis des baltischen Deutschtums, in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart 9 (1905/06), S. 609.

35) Hierzu zählt selbstverständlich nicht A. v. Meyendorff. Über ihn: I. Auerbach: Alexander von Meyendorff und das Nationalitätenproblem im Baltikum, in: Rußland und Deutschland. Festschrift für Georg von Rauch, hrsg. von U. Liszkowski (Kieler Historische Studien, Bd. 22), Stuttgart 1974, S. 257–264 u. M. Hagen: Zwischen Nationalitäten und Fraktionen – Alexander Baron Meyendorff (1869–1964), in: ZfO 27 (1978), S. 588–615.

36) O. Hoetzsch: Die Lage in den Ostseeprovinzen, in: Schlesische Zeitung 31. 10. u. 6. 11. 1907. Zit. nach G. H. Schlingensiefen (wie Anm. 17), S. 119f.

37) Denkschrift Hoetzschs ohne Überschrift, September 1914, S. 9, in: Verlagsarchiv W. de Gruyter, Hoetzsch 2 (weiterhin zit. Septemberdenkschrift); O. Hoetzsch: Gedanken über die politischen Ziele des Krieges, als Manuskript gedruckt, Dezember 1914, S. 12, in: BA, NL v. Bülow 47, f. 322–382 (weiterhin zit. Dezemberdenkschrift); ders.: Vorläufige Gedanken zur polnischen Frage. Als Manuskript gedruckt, Dez. 1914, S. 7, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA), Weltkrieg 20c, Bd. 1, f. 10–20v (weiterhin zit. Polendenkschrift).

38) Von Veh an Haller, 5. 4. 1917, BA, NL Haller 3, f. 103.

39) (Th. Schiemann): Deutschland und die baltischen Provinzen, in: Deutsche Rundschau 43 (1916/17), Bd. 170, S. 190. Sperrung im Original.

dem Ausbruch des Weltkrieges zu der unerschütterlichen Überzeugung gelangt, daß eine deutsche Weltpolitik gegen Rußland nicht möglich sei, daß das Deutsche Reich vielmehr der russischen Rückendeckung gegen den angelsächsischen Rivalen bedürfe.⁴⁰

Während des Weltkrieges nahm Hoetzsch eine bedeutende Stellung als Publizist ein und nutzte sie, um für sein Programm einer russischen Orientierung der deutschen Politik im Ersten Weltkrieg zu werben. Im November 1914 war er als Nachfolger von Schiemann mit der Abfassung der regelmäßigen außenpolitischen Übersichten der „Kreuzzeitung“ betraut worden.⁴¹ Seine Kommentare zur Außenpolitik erschienen von 1914 bis 1924 mit wenigen Unterbrechungen einmal wöchentlich im Umfang von durchschnittlich 8 Buchseiten.⁴² Neben der überwältigenden Materialfülle fällt die Sachlichkeit, Unabhängigkeit, Folgerichtigkeit und Beständigkeit seines Urteils auf. Außerdem schrieb er regelmäßige Übersichten für „Velhagen und Klasings Monatshefte“ und, geringfügig überarbeitet, für „Der Weltkrieg. Illustrierte Kriegschronik des Daheim“. Eine Reihe von Kommentaren für die einflußreiche Wiener „Neue Freie Presse“, einige Artikel und Nachdrucke in weiteren Zeitungen sowie mehrere Broschüren und Streitschriften⁴³ vervollständigen das Bild seiner publizistischen Wirksamkeit.

Hoetzsch pflegte von Anfang an den regelmäßigen Meinungsaustausch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Deutsch-Konservativen Partei im Reichstag, Grafen Kuno von Westarp, dessen Berater für die Ostpolitik er wurde.⁴⁴ Hoetzsch gewann Zugang zu höchsten Regierungskreisen, Politikern und Militärs.⁴⁵ Das Auswärtige Amt zählte ihn zu der kleinen Zahl „vertrauenswürdiger Journalisten“.⁴⁶ Wiederholt wurde er von Unterstaatssekretär Zimmermann, dessen Vorgesetzten und Nachfolgern empfangen.⁴⁷ Hoetzsch wurde Mitarbei-

40) Liszkowski (wie Anm. 21), Kap. A.I.3.

41) Meyer, Th. Schiemann (wie Anm. 7), S. 191–202; Liszkowski (wie Anm. 21).

42) Die Kommentare der Jahre 1914–1917 liegen in Buchform vor als „Der Krieg und die große Politik“, 3 Bde., Leipzig 1917 u. 1918.

43) Rußland als Gegner Deutschlands (Zwischen Krieg und Frieden, 6), Leipzig 1914; Österreich-Ungarn und der Krieg (Der Deutsche Krieg, 44), Stuttgart, Berlin 1915; Deutsche Heerführer im Weltkrieg, Bielefeld, Leipzig 1915; Der Deutschen Kampf im Osten (Deutsche Reden in schwerer Zeit, 17) Berlin 1915; Politik im Weltkrieg. Historisch-politische Aufsätze, Bielefeld, Leipzig 1916; Polen in Vergangenheit und Gegenwart (Schützengraben-Bücher, 48), Berlin 1917; Russische Probleme. Eine Entgegnung auf J. Hallers Schrift „Die russische Gefahr im deutschen Haus“, Berlin 1917.

44) K. von Westarp: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. 2, Berlin 1935, S. 13, 35, 207, 579, 587 ff.

45) Hinweise zu den verschiedenen Kontakten gibt Voigt (wie Anm. 21), S. 74 ff.

46) O. Hamann: Bilder aus der letzten Kaiserzeit, Berlin (1922), S. 117 u. 121.

47) Vgl. u. a. Hoetzsch an Westarp, 18. 3. 1917. PA, Deutschland 122, Nr. 3, Bd. 30, A 16 696; Deutschland 122, Nr. 2q, Bd. 1, A 26 736; Europa Generalia 89, Bd. 15, A 39 857.

ter in der Auslandspresseabteilung des Stellvertretenden Generalstabs, des späteren „Kriegspresseamtes“, wo er bis zum Ende des Krieges die Sektion „Rußland, Polen, Balkan“ leitete.⁴⁸ In dieser Eigenschaft war er auch zur Teilnahme an den Pressebesprechungen im Auswärtigen Amt abkommandiert.⁴⁹ Damit konnte sich Hoetzsch ohne Einschränkungen durch die Zensur einen selbständigen Überblick über die internationale Presse verschaffen.

Der Versuch der baltischen Kontrahenten Hoetzschs, dessen Stellung im Kriegspresseamt durch den Vorwurf einer tendenziösen Pressezusammenstellung über Rußland zu erschüttern, blieb erfolglos.⁵⁰ In Hoetzschs Artikeln fehlte es nicht an dem zeitüblichen nationalen Pathos. Seine realpolitische Einstellung bewahrte ihn aber in auffallender Weise vor einer ideologischen Überhöhung und Verbrämung des Krieges, wie sie in der ersten Kriegsphase auch und gerade unter den Professoren weit verbreitet waren.⁵¹ In der erregten Stimmung der ersten Kriegswochen forderte er den Verzicht auf ein „herabsetzendes, schmähendes Analysieren des englischen Volkscharakters“⁵², obwohl er in Großbritannien den Hauptfeind sah. Gleichzeitig wandte er sich entschieden gegen die Verketterung des Zarenreiches und des russischen Menschen. „Weder die absprechend vergleichende Beurteilung des Westeuropäers, die dem russischen Volk jede Entwicklungsmöglichkeit abspricht, noch die Betonung des Rassegegensatzes, der in diesem Kampfe ersichtlich unzutreffend ein Ringen zwischen Germanen- und Slaventum sieht, noch eine bestimmte Anschauung von der inneren Politik, die in Rußland vor allem einen Hort reaktionärer Bestrebungen ablehnt, sind geeignet, unser Urteil über den russischen Gegner richtig zu bestimmen ... Wir sehen nicht, daß das Urteil über den deutsch-russischen Kampf irgendwie gefördert wird dadurch, daß man von einem im Kern asiatischen Staate spricht, der in seine asiatischen Grenzen zurückgeworfen werden müsse oder vom Koloß auf tönernen Füßen oder, gewöhnlich ohne ausreichende historische Kenntnis, die Bedeutung der Tatarenherrschaft und des tatarischen Elementes übermäßig übertreibt ... Alles das steht in diesem großen Ringen ja heute überhaupt nicht

48) Voigt (wie Anm. 21), S. 74. – Zu diesen Dienststellen vgl. W. Vogel: Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933, in: *Zeitungswissenschaft* 16 (1941), H. 8/9, S. 28f.

49) PA, Akten des Kriegspresseamtes, P 6a, Bd. 3, 3. 1. 1917.

50) PA, Kriegspresseamt, Abt.: Fremde Presse, Bd. 1, AN 10400, 24. 8. 1916 u. Anlagen. – Ob damit die im Februar 1917 erfolgte Entlassung der Balten P. Rohrbach und A. Schmidt aus der dem Auswärtigen Amt angeschlossenen „Zentralstelle für Auslandsdienst“ wegen tendenziöser „baltischer“ Berichterstattung in Zusammenhang steht, ist mir nicht bekannt. P. Rohrbach: *Um des Teufels Handschrift. Zwei Menschenalter erlebter Weltgeschichte*, Hamburg 1953, S. 204f.

51) Vgl. hierzu Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral* (wie Anm. 3), S. 28ff.

52) England und wir, *Neue Preußische Kreuzzeitung* (NPKZ) 28. 8. 1914 = *Politik im Weltkrieg*, S. 27.

zur Erörterung. Es ist ... ein Ringen um Machtgegensätze, das mit den friedlichen Mitteln der Politik nicht mehr weiterzuführen war, ein Zusammenstoß von Großstaaten in ihren Lebensinteressen, der mit Waffen durchgekämpft werden muß.“⁵³ Die nüchterne, unpolemische Form der Auseinandersetzung, die bereits aus den ersten Artikeln Hoetzschs nach Kriegsbeginn spricht, blieb bestimmend für sein Bemühen, die Probleme des Krieges zu begreifen. Die Axiome seines zeittypischen Machtstaatsdenkens änderten sich freilich nicht.

Im September 1914 formulierte Hoetzsch eine erste Denkschrift zu den deutschen Kriegszielen. Diese erstaunlich gemäßigte, der Forschung bisher nicht bekannte Denkschrift legte er Anfang Dezember in einer überarbeiteten und erweiterten Form vertraulich einem größeren Kreise, darunter auch der Reichskanzlei, vor. Diese Fassung machte dem Lager der deutschbaltischen, alldeutschen und übrigen Annexionisten gewisse Konzessionen. Das schwierige Problem der zukünftigen Gestaltung Polens behandelte er Ende November ausführlich in einer gesonderten Denkschrift.⁵⁴ Er beklagte, daß ein großer Teil der Kriegszielerörterungen „in das Gebiet der reinen Kannengieberei“⁵⁵ gehöre, sich mit Allgemeinplätzen begnüge oder „in Anwendung pangermanischer Anschauungen mit ihren Wünschen ins Uferlose und Utopische“ gehe.⁵⁶

Ausgangspunkt aller politischen Erwägungen mußten nach Hoetzsch die „politisch-geographischen Grundtatsachen unserer Staatsexistenz“ in der Mittellage zwischen Ost und West in Europa sein.⁵⁷ Er gehörte zu der kleinen Zahl Einsichtiger, die eine Durchsetzung des deutschen Weltmachtanspruches durch einen Kampf nach zwei Seiten nicht für möglich hielten.⁵⁸ Wiewohl ihm „theoretisch“ eine Anlehnung an England nach dem Auskämpfen der Gegensätze ebenso denkbar schien wie eine Verständigung mit Rußland, kam für ihn praktisch doch nur eine östliche Orientierung gegen Großbritannien in Frage. In dieser Auffassung bestimmten ihn die gleichen Überlegungen wie vor dem Kriege: Einerseits die „brutale Tatsache“, daß Deutschland „in jedem Falle des Kriegsausganges eine lange, teils ungeschützte, teils schwer zu schützende Ostgrenze behält und daß trotz allem ein dauernder Lebensgegensatz zwischen Deutschland und Rußland nicht besteht“, zum anderen die Auffassung, daß die britische Weltmacht mit ihrer Flotte das Deutsche Reich an der ihm zukommenden weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Betätigung hindere und daß daher dieser „Gegensatz zu England etwas Elementares an sich trägt“.⁵⁹ Aus dieser Grundanschauung ergab sich für ihn zwingend, „daß das

53) Rußland als Gegner Deutschlands (wie Anm. 43), S. 35 ff. Sperrung im Original.

54) Vgl. Anm. 37.

55) Hoetzsch an de Gruyter, 16. 11. 1914, Anlage 2, NL de Gruyter, Hoetzsch 2.

56) Dezemberdenkschrift, f. 322; Septemberdenkschrift, S. 1.

57) Dezemberdenkschrift, f. 322 f.

58) Ebenda, f. 348; Septemberdenkschrift, S. 6.

59) Dezemberdenkschrift, f. 350.

politische Ziel des Krieges, während es nach Westen offensiv ist, gegen Rußland für Deutschland nur defensiv sein kann“.⁶⁰

Zu den welt- und sicherheitspolitischen Gründen trat die feste Überzeugung von der militär- und nationalpolitischen Unhaltbarkeit offensiver Kriegsziele im Osten. „Deutschland kann wohl im Bunde mit Österreich Rußland vernichtende und erschütternde militärische Schläge beibringen, aber es kann es aus Gründen der Natur, des Volkes und der Geschichte Rußlands (wenigstens wenn es seine weltwirtschaftliche und weltpolitische Stellung gegenüber England, nach den Ozeanen und Übersee vorbereiten will) nicht so weit zerbrechen, als zu jenem Erfolg notwendig wäre. Mit anderen Worten: Es kann nicht den Kern des Weltreiches, Moskau (dies als historischen, ethnischen und wirtschaftlichen Begriff genommen) völlig zertrümmern. Die heute geläufige Formulierung, der Erfolg dieses Krieges müßte Rußland von der Ostsee ab- und nach Asien zurückdrängen, ist, zu Ende gedacht, nur möglich, wenn jener Kern, also geschichtlich gesprochen, das Großfürstentum Moskau als politische Organisation des Großrussentums, selbst zerschlagen wird. Dieser Effekt ist indes auch bei der glücklichsten Kriegsführung kaum denkbar“.⁶¹

Eine Annexion der baltischen Provinzen, wie sie vor allem von alldeutschen und deutschbaltischen Publizisten und Wissenschaftlern gefordert wurde, lehnte Hoetzsch ab. Ein solcher Schritt müsse zu „einer absoluten Todfeindschaft Moskaus“ führen. Denn, „wenn die russische Geschichte überhaupt etwas lehren soll“, dann, daß das Nordweststreben nach der Ostsee eine „lebensnotwendige politische Idee“ ist, „die nicht erst von Peter dem Großen, sondern seit Ivan III., ja eigentlich vom Beginn der Moskauer Geschichte (13. Jahrhundert) verfochten wird, und deren innere Notwendigkeit vom großrussisch-moskauer Standpunkt aus auf der Hand liegt“.⁶²

Bei den baltischen und alldeutschen Annexionisten verfiel dieses Argument nicht. Sie verwiesen auf die völkische Pflicht zur Befreiung der unter dem russischen Joch lebenden Deutschbalten und auf die angebliche nationalpolitische Notwendigkeit des Erwerbs von Siedlungskolonien. Sie wollten wieder an die mittelalterliche Ostkolonisation anknüpfen und dem Deutschtum endgültig die baltischen Provinzen sowie zusätzlich weite Teile Westrußlands gewinnen. Freilich war auch ihnen nicht verborgen geblieben, daß in diesen Gebieten andere Völker lebten. Sofern diese nicht germanisiert werden könnten, sollte durch Bevölkerungsaustausch und „Ausräumen“ der indigenen Bevölkerung Platz geschaffen werden für den deutschen Siedler.⁶³

60) Ebenda, f. 348. Sperrung im Original.

61) Dezemberdenkschrift, f. 336; Septemberdenkschrift, S. 9.

62) Dezemberdenkschrift, f. 344; Septemberdenkschrift, S. 9.

63) Vgl. hierzu etwa die bekannte Kriegszieldenkschrift des Vorsitzenden des „Alldeutschen Verbandes“, Heinrich Claß, abgedruckt in: Europastrategien des deutschen Kapitals (wie Anm. 3), S. 226–266, insbesondere S. 246–256, und aus baltischer Feder die Schrift des extrem alldeutsch orientierten Theologen Friedrich Lezius: Deutsch-

Hoetzsch lehnte eine derartige Politik ab. „Deutschland bedarf heute keiner Siedlungsgebiete, zumal auch die Siedlungsmöglichkeiten innerhalb seiner Reichsgrenzen längst nicht erschöpft sind ... Für das Ziel dieses Krieges scheidet die Rücksicht auf den Erwerb von Siedlungsgebieten aus.“ Er verwies auf die in den in Aussicht genommenen Gebieten lebenden Völker, ihr erstarktes Nationalbewußtsein und ihre feindselige oder zumindest doch distanzierte Haltung gegenüber den Deutschen und erklärte, daß der gewaltsame Austausch der polnischen, litauischen, lettischen Bevölkerung gegen die in Zentralrußland sitzenden Deutschen „nicht möglich und nicht denkbar“ sei. „Für jeden, der die in Frage kommenden Gebiete und Volksteile kennt, kann dieser Vorschlag nur als utopisch erscheinen“. Die historische Erinnerung und die „warme Sympathie für einen der edelsten Zweige des Deutschtums, das Baltentum“, trübten ihm nicht den Blick dafür, daß die baltischen Provinzen eben nicht deutsches Land waren, wie die Denkschrift des Baltischen Vertrauensrates behauptete, und daß die Deutschbalten nur eine kleine Minderheit von nicht einmal 10 v.H. ausmachten. Daher verböten neben der Beachtung des geopolitischen Strebens Rußlands zur Ostsee auch die tatsächlichen Nationalitätenverhältnisse die Annexion dieser Provinzen, auch wenn damit „das Todesurteil über die deutschen Balten gesprochen scheint“. Sache des Friedensschlusses könne allenfalls sein, „ihnen den Übergang aus zum Teil auch schon heute unhaltbaren Verhältnissen zu erleichtern“. ⁶⁴

In einer offenbar im Auftrag von Graf Westarp verfaßten ausführlichen Kritik der erwähnten Denkschrift des Baltischen Vertrauensrates „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands“ wiederholte Hoetzsch seine Einwände und machte konkrete Vorschläge zu einer friedensvertraglichen Regelung einer Übersiedlung der Deutschbalten in das Deutsche Reich. Gegenüber den von wehmütigen Erinnerungen geprägten Aussagen der seit mehr als zwei Jahrzehnten in Deutschland lebenden Balten machte er aufmerksam auf „das Gefühl zahlreicher Glieder der jüngeren Generation des Baltentums, die das Hoffnungslose der Lage schwer in sich fühlen.“ ⁶⁵ Bereits 1905 hatte Alexander Frhr. von Freytagh-Loringhoven in der von ihm redigierten „Deutschen Monatschrift“ das Dilemma der Balten charakterisiert mit der verzweifelten Frage: „Wollen wir Deutsche oder wollen wir Balten sein? Wollen wir unser Volkstum

land und der Osten. Als Handschrift gedruckt. Vertraulich, (1915), S. 9 ff. (Exemplar vorhanden in: PA, Wk 20d, f. 50 ff.). Weitere Stimmen zur „völkischen Feldbereinigung“ (Claß) werden erwähnt und interpretiert bei I. Geiss: Der polnische Grenzstreifen 1914/1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg (Historische Studien, Bd. 378), Hamburg, Lübeck 1960, und bei Lewerenz (wie Anm. 3).

64) Septemberdenkschrift, S. 7–10.

65) Zentrales Staatsarchiv (ZStA) Potsdam, NL v. Westarp 80, f. 133–138. Zitat f. 147. Zur Autorschaft Hoetzschs vgl. Voigt (wie Anm. 21), S. 94, Anm. 19. Im weiteren zit. als Baltikumdenkschrift. Die Kritik bezog sich auf: Die Deutschen Ostseeprovinzen Rußlands (wie Anm. 15).

oder unsere Heimat aufgeben?“⁶⁶ Es scheint, daß Hoetzsch mit dem Ausweg, den er den Deutschbalten aus diesem Dilemma gewiesen hat und der ihm mit Rücksicht auf die machtpolitischen Interessen einer überseeischen deutschen Weltpolitik als der einzig mögliche erschien, völlig allein gestanden hat.

Das Eintreten für eine Ausgleichs- und „Verzichts“politik gegenüber Rußland brachte Hoetzsch im Alldeutschen Verband und im Ostmarkenverein bald in eine Außenseiterstellung. Der baltische Kirchenhistoriker Friedrich Lezius berichtete im November 1914 über die Reaktion einer alldeutschen Versammlung auf die Anwesenheit Hoetzschs: „Man lachte über ihn als einen politisch völlig unbrauchbaren, ziellosen Kenner Rußlands ... Warum hat D. Schäfer diesen argen Miesmacher zu Worte kommen lassen“.⁶⁷ Er hatte damit frühzeitig den gehässigen Ton angeschlagen, auf den die Auseinandersetzung vieler deutschbaltischer Professoren und Publizisten mit Hoetzsch während des Krieges gestimmt bleiben sollte. Der Ostmarkenverein distanzierte sich von seinem prominenten Mitglied und griff es schließlich indirekt an.⁶⁸ Auch in der Deutsch-Konservativen Partei regte sich schon Widerspruch. Bei den vielfältigen persönlichen Querverbindungen zu den nationalistischen Interessenverbänden konnte das nicht überraschen.⁶⁹

Der massive Widerspruch, den seine Vorschläge in ihm bisher nahestehenden Kreisen hervorriefen, bewog Hoetzsch im Dezember zu gewissen, freilich eher politisch-taktischen Zugeständnissen. Sie berührten nicht den Kern seiner Konzeption, lassen aber den Druck ahnen, dem ein nüchtern abwägender, nationaler und konservativer Realpolitiker in dieser Zeit ausgesetzt war. Ausführlich setzte er sich mit der „mit Recht verbreiteten Meinung“⁷⁰, Deutschland brauche Siedlungskolonien, auseinander. Seine Bedenken stellte er freilich nicht zurück. Er verwies namentlich auf die „nach Hunderttausenden zählende jährliche Einwanderung von fremden Arbeitern“, von denen die Industrie fast die Hälfte erfordere, so daß nach dem Kriege mit dem zu erwartenden industriellen Aufschwung sogar noch mit einem weiteren Ansteigen dieser Zahl zu rechnen sei. Wie schon vor dem Kriege betonte er, daß auf absehbare

66) A. Frhr. von Freytagh-Loringhoven: Die Krisis des baltischen Deutschtums, in: Deutsche Monatsschr. 9 (1905/06), S. 604f. Vgl. hierzu auch Kroeger, Zur Situation der baltischen Deutschen (wie Anm. 32).

67) Lezius an Reinhold Seeberg, 17.11.1914, BA, NL Seeberg 99, f. 155. Über Lezius: DBBL, S. 449.

68) PA, Weltkrieg 20c, Bd. 1, A 33 310 u. 35 483; A. Galos, F. Gentzen, W. Jakóbczyk: Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein (1889–1934), Berlin 1966, S. 275 ff.; Denkschrift über die zukünftige Gestaltung unserer östlichen Nachbargebiete. Als Manuskript gedruckt, August 1915. PA, Weltkrieg 20c, Bd. 4, zu A 24 287, f. 171–76.

69) Voigt (wie Anm. 21), S. 98. Zu den Kontakten zu den Alldeutschen vgl. von Westarp, Konservative Politik (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 42ff.

70) Distanzierter in der Septemberdenkschrift, S. 7, wo es heißt: „Eine besonders in akademisch gebildeten Schichten sehr populäre Meinung verlangt ...“.

Zeit in Deutschland gar nicht die Siedler für die zu erobernden Kolonien im Osten vorhanden waren. „Trotzdem“, so schloß er unerwartet seine Einwände ab, „darf der Gesichtspunkt, Land für Siedlungskolonien zu gewinnen, keineswegs außer acht gelassen werden, da dieses Land als Reservoir für weitere Verschiebungen aufbewahrt bleiben kann.“⁷¹ Hoetzsch hatte damit die Forderung nach Siedlungskolonien in sein Kriegszielprogramm aufgenommen. Die nach seiner Meinung zu annektierenden Territorien entsprachen in etwa dem vielgeforderten „polnischen Grenzstreifen“⁷² zwecks strategischer Verbesserung der Grenze zuzüglich von Teilen Litauens und Kurlands. Nach Hoetzschs Schätzung konnten in den neuen Gebieten 1–2 Millionen Bauern auf den Ländern des fremden Großgrundbesitzes und der russischen Krone angesiedelt werden.

Die Gebietsforderungen, die Hoetzsch stellte, waren beim besten Willen nicht mehr als „Grenzkorrekturen“ und als „mäßig“ nur zu bezeichnen im Vergleich mit den alldeutschen Plänen einer Annexion aller drei Ostseeprovinzen und von Teilen Litauens und von Westrußland. Aber ganz gleich ob „Grenzkorrektur“ oder „mäßige Annexion“, entscheidend war für die politische Brauchbarkeit von Hoetzschs Konzeption allein die Frage, ob auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland gefunden und ein dauerhaftes gut-nachbarliches Verhältnis für eine aktive deutsche Weltpolitik gegen Großbritannien begründet werden konnte. Er ahnte, daß unter Umständen eine größere Flexibilität gefordert war. Daher schloß er an seine Annexionsforderung die Bemerkung an, daß der Staatsmann das Recht haben müsse, „beim Abschluß im Calcül der Vorteile den rein politischen vor dem national- und wirtschaftspolitischen zu bevorzugen.“⁷³ Diese von der Forschung bisher ignorierte Aussage wird man zumal im Kontext mit seinen schon vorgetragenen Argumenten, die sich vom fehlenden Bevölkerungsüberschuß bis zur drohenden Todfeindschaft Rußlands alle wiederfinden, als eine verklausulierte Einschränkung seiner Annexionsforderung interpretieren dürfen. In die gleiche Richtung zielt der Hinweis, die Annexion auch nur des polnischen Grenzstreifens bedeute zweifellos eine nationalpolitische Belastung.⁷⁴ Sicher ist es kein Zufall, daß den Gegnern Hoetzschs dessen Vorbehalte nicht entgingen.⁷⁵ Das Mitglied des Reichstages und Abgeordnetenhaus General Alfred von Goßler, der zu den profiliertesten Gegnern Hoetzschs in der Deutsch-Konservativen Partei gehörte, sprach in einem Brief an ihn über die Annexion von Kurland daher von einem Gebiet, „das sie eventuell behalten wollen.“⁷⁶

71) Dezemberdenkschrift, f. 340; Polendenkschrift, S. 10f.

72) Vgl. hierzu Geiss, *Der polnische Grenzstreifen* (wie Anm. 63).

73) Polendenkschrift, S. 14. Sperrung im Original.

74) Ebenda, S. 10.

75) ZStA Potsdam, NL v. Westarp 6, f. 106.

76) Von Goßler an Hoetzsch, 10.11.1915, Militärarchiv Freiburg (MA), NL von Goßler, N 98/3, f. 41. Vgl. auch von Westarp, *Konservative Politik* (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 589.

Tatsächlich ging es Hoetzsch, wie seine Äußerungen von 1917/18 bestätigen, im Grunde genommen allein um „bessere strategische Schutz- und Verteidigungsgrenzen als bisher, mehr aber nicht.“⁷⁷ Als die deutsche Regierung und Öffentlichkeit dem revolutionären Rußland bei den Verhandlungen in Brest-Litovsk einen Gewaltfrieden diktieren wollten, sprach sich Hoetzsch vehement gegen Annexionen aus. Stattdessen forderte er einen ehrenvollen Frieden für Rußland auf der Grundlage des territorialen Vorkriegsstandes und „Grenzregulierungen im gegenseitigen Einverständnis.“⁷⁸ Wie eine derartige Lösung möglicherweise hätte aussehen können, hatte er im übrigen bereits im November 1914 in seiner Polendenkschrift angedeutet, als er Österreich-Ungarn einen Verzicht auf Galizien zugunsten Rußlands nahelegte.⁷⁹ Wenn er den Gedanken an Konzessionen an das Zarenreich nicht von vornherein aus seinem Kalkül einer einvernehmlichen politischen Lösung ausschloß, dann deshalb, weil er die von ihm vorgebrachten territorialen Wünsche als Verhandlungsmasse und nicht als unverzichtbare Forderungen begriff. Im Unterschied zur bisherigen Forschung⁸⁰ wird man daher stärker den bedingten Charakter der annexionistischen Aussagen Hoetzschs sehen müssen.

Um das Ziel einer dauerhaften Schwächung Rußlands zu erreichen, wurde neben der Eroberung der drei baltischen Provinzen und der Abdrängung Rußlands von der Ostsee zumeist auch eine Auflösung des russischen Kolosses in seine nationalen Bestandteile gefordert. Die nichtrussischen Randvölker wie Finnen, Esten, Letten, Litauer, Weißrussen, vor allem aber Polen und Ukrainer, schließlich die kaukasischen Völker sollten dem Zarenreich entrissen und in verschiedener Form in deutsche Abhängigkeit gebracht werden. Schon unmittelbar nach Kriegsausbruch hatte auch die deutsche Führung eine „Befreiung“ dieser Völker als Kriegsmittel und Kriegsziel erwogen.⁸¹

77) NPKZ 23.5.1917 = Der Krieg und die Große Politik, Bd. 3, S. 381. In der Baltikumsdenkschrift, f. 144, hatte er bereits ein Jahr zuvor erklärt: „Über die militärischen Forderungen aber hinausgehende Wünsche müssen um der politischen Zukunftsstellung Deutschlands willen abgelehnt und sollen auch stimmungsmäßig nicht erhoben werden.“

78) NPKZ 16. u. 30.1.1918.

79) Polendenkschrift, S. 15.

80) Geiss, Der polnische Grenzstreifen (wie Anm. 63), S. 48f.; Fischer, Griff nach der Weltmacht (wie Anm. 2), S. 344; W. Basler: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918, Berlin 1962, S. 50; Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral (wie Anm. 3), S. 58f.; Voigt (wie Anm. 21), S. 105ff.; H. Lemke: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution), Berlin 1977, erwähnt Hoetzschs „Grenzstreifenplan“ merkwürdigerweise überhaupt nicht.

81) Fischer, Griff nach der Weltmacht (wie Anm. 2), S. 149ff.; S. Zetterberg: Die Liga der Fremdvölker Rußlands 1916–1918. Ein Beitrag zu Deutschlands antirussischem Propagandakrieg unter den Fremdvölkern Rußlands im Ersten Weltkrieg (Studia Historica, Bd. 8), Helsinki 1978; E. Zechlin: Friedensbestrebungen und Revolutionsversuche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24 (1961), S. 329ff.

Hoetzsch widersprach von Anfang an in der Öffentlichkeit scharf dieser Auffassung. „Es war kein Zeichen von politischer Reife, wenn sich darin schon in den ersten Tagen auch sehr hochstehende Männer unseres Geisteslebens beteiligten und das russische Reich auflösten, wie man Blätter einer Artischocke abpflückt, wie es auch eine geradezu kindliche Unterschätzung und Unkenntnis verriet, wenn man hoffte, es würden sich gleich beim Einreiten der ersten preußischen Ulanen alle Grenzvölker und Massen zugunsten der Befreiung bringenden Deutschen und Österreicher erheben. Dazu ist doch die riesige Machtorganisation des russischen Staates, die heute vor uns dasteht, viel zu groß.“⁸² Niemand in Europa könne ein sicheres Urteil über „das Stärkeverhältnis dieser Revolutionshoffnungen zu der russischen Staatsidee und ihrer Machtorganisation“ abgeben. Auch dürfe nicht vergessen werden, daß diese Völker bis vielleicht auf die Juden und Ukrainer – die Finnen nannte er in diesem Zusammenhang nicht – deutschfeindlich oder zumindest unfreundlich eingestellt seien. Hinzu komme, daß im Gegensatz zum Großrussentum „nicht ein einziges der hier in Frage kommenden Volkselemente, besonders nicht die Ukrainer, in seiner Geschichte staatenbildende Kraft bewiesen“ habe und es gerade den Ukrainern in der Masse an Kultur und Organisation mangle.⁸³

Hoetzsch kannte die Nationalitätenprobleme Osteuropas recht gut. Gerade deshalb wandte er sich gegen eine staatliche Neuordnung auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechtes. Abgesehen davon, daß eine in jeder Hinsicht befriedigende nationale Grenzziehung vielfach überhaupt nicht möglich war, hätte eine solche Neuordnung, wie er meinte, entweder nicht lebensfähige Kleinstaaten geschaffen, die über kurz oder lang wieder zu Streitobjekten der Großmächte geworden wären, oder es wären, wie er am Beispiel des historischen Polen zeigte, wieder Nationalitätenstaaten entstanden, die auf Grund ihrer inneren Probleme außenpolitisch destabilisierend wirken müßten. Zudem tangierte das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten ja nicht nur Rußland, sondern auch unmittelbar Deutschland und vor allem seinen Verbündeten. Eindringlich warnte er vor Experimenten in „der Form von machtlosen, für uns unsicheren Puffer- und Halbstaaen, die politisch und wirtschaftlich größtenteils nach Rußland gravitierten. Das wäre aber eine Ironie der Weltgeschichte sondergleichen, daß ein solcher Friede, den eine ausgesprochene Verständigungs- und pazifistische Richtung anstrebt, die Kriegsgefahr auf dem europäischen Kontinent durch die Verfeindung Deutschlands und Österreichs mit Rußland gerade dauernd akut hielte!“⁸⁴ Mit einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes sei eine wirkliche Sicherung der deutschen Ostgrenze

82) Rußland als Gegner Deutschlands (wie Anm. 43), S. 56.

83) Septemberdenkschrift, S. 11; Dezemberdenkschrift S. 350f.

84) NPKZ 29.8.1917 = Der Krieg und die Große Politik, Bd. 3, S. 511 – Vgl. auch F. T. Epstein: Otto Hoetzsch als außenpolitischer Kommentator während des ersten Weltkrieges, in: Rußland-Studien. Gedenkschrift für Otto Hoetzsch, Stuttgart 1957, S. 17ff.

eben nicht zu erreichen. Die Schaffung kleiner Nationalstaaten bedeutete für ihn „eine ungeheure Kraftverschwendung und einen gewaltigen Rückschritt der Staatenentwicklung.“ Es würden Pufferstaaten entstehen, die „von vornherein eine völkerrechtliche Lüge“ seien.⁸⁵ Allerdings hätte der Friede unbedingt die Aufgabe, Nation und Staat, Freiheit und Macht in ein neues Verhältnis zu bringen. Aber, „daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten vor unsere eigenen Machtinteressen stellen wollen, dies Verlangen ist eine Narrheit.“⁸⁶ Ein Ausgleich der beiden widerstreitenden Prinzipien schien ihm nur in Form einer nationalen Autonomie oder einer „Föderation nationaler Autonomien“ innerhalb der Großstaaten praktisch durchführbar.⁸⁷

Die Geschichte ist bekanntlich über Hoetzschs konservative, staatszentrierte Lösung der nationalen Frage hinweggeschritten und brachte den meisten ostmitteleuropäischen Völkern nach dem Kriege die Eigenstaatlichkeit. Die neuen Staaten wurden von ihren Völkern als Nationalstaaten verstanden, was sie aber nur bedingt oder überhaupt nicht waren. Von Anfang an war die Existenz der meisten dieser Staaten in unterschiedlichem Maße durch nationale Ansprüche von innen und von außen bedroht, wie Hoetzsch befürchtet hatte. Sie fanden keine Zeit, nun ihrerseits eine dauerhafte Synthese von Freiheit und Macht zu finden. So liegt auch in dieser Lösung eine tiefe geschichtliche Tragik.

Der Krieg sollte Deutschland wohl den Weg zur Weltmacht, nicht aber zur Hegemonialmacht öffnen. In Fortführung seiner Vorkriegsüberlegungen zum Wesen des Imperialismus⁸⁸ und in Übereinstimmung mit den Ausführungen Otto Hintzes in dem repräsentativen Sammelband „Deutschland und der Weltkrieg“⁸⁹ glaubte Hoetzsch an eine Erweiterung des europäischen Konzertes zu einem Weltstaatensystem.⁹⁰ Deutsches Kriegsziel müsse die Durchsetzung einer dauernden Gleichberechtigung Deutschlands in diesem Weltstaatensystem sein. Eine Einkreisung Deutschlands durch eine Koalition wie die jetzige dürfe es in Zukunft nicht wieder geben.⁹¹ Diese Forderung war indes nur dann zu verwirklichen, wenn Deutschland im Konzert der Weltmächte Partner fand, auf die es sich stützen konnte. Hoetzsch hat diese Konsequenz klar erkannt. Die Auffassung, daß eine erneute Bildung einer feindlichen Koalition „durch die eigene Machtstellung des Reiches und ihre Erweiterung allein“ zu verhindern sei, hielt er für den „verhängnisvollsten Irrtum“, der

85) NPKZ 30.5.1917 = Der Krieg und die Große Politik, Bd. 3, S. 388f.

86) NPKZ 26.9.1917 = ebenda, S. 551.

87) NPKZ 30.5.1917; 18.7.1917; 14.11.1917 = ebenda, S. 389, 455, 615.

88) Liszkowski (wie Anm. 21), Kap. A.I.3.

89) Vgl. hierzu Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral (wie Anm. 3), S. 50ff.

90) NPKZ 10.2. u. 7.4.1915; Weltpolitische Konzentration, in: Die neue Rundschau 27 (1916), H. 1, S. 1–16. – Schwabe (wie Anm. 3), S. 52, irrt, wenn er Hoetzsch zu den Gegnern Hintzes und dessen Auffassung vom „weltpolitischen Gleichgewicht“ zählt.

91) NPKZ 7.4.1915 = Der Krieg und die Große Politik, Bd. 1, S. 149.

„sich bald und schwer rächen“ werde.⁹² Deutschland werde nach dem Krieg nicht zum „alleinigen Richter der neuen Weltgeschichte.“⁹³ Wie der Krieg auch immer im einzelnen die Machtverhältnisse im System der europäischen Großmächte verschieben mochte, „nach wie vor bleibt es die Aufgabe unserer Politik ... innerhalb dieses Systems sowohl die eigene feste Machtstellung wie die diplomatische Anlehnung und Sicherung zu suchen und zu finden.“⁹⁴ Angesichts der imperialistischen Rivalität mit Großbritannien käme für Deutschland als Partner nur Rußland in Frage. Im künftigen System der Weltmächte würden sich aller Wahrscheinlichkeit nach die beiden angelsächsischen Staaten sowie Deutschland und Rußland, evtl. verstärkt durch Japan, gegenüberstehen.

Der Widerstand gegen Hoetzschs Auffassung von den politischen Zielen des Krieges, der sich, wie bereits gezeigt wurde, schon in den ersten Kriegsmonaten formiert hatte, wurde im Laufe des Krieges umso heftiger, je nachdrücklicher er seine Konzeption in der Öffentlichkeit vertrat, und gipfelte schließlich in verunglimpfenden Attacken auf seine Person. Die Angriffe kamen von Alldeutschen, Balten aller politischen Lager⁹⁵ und in zunehmenden Maße aus den Reihen der eigenen Deutsch-Konservativen Partei. Sie richteten sich vehement gegen Hoetzschs Ablehnung einer Annexion der baltischen Provinzen und einer Dekomposition Rußlands, wie sie vor allem von den Deutschbalten und insbesondere von Rohrbach propagiert wurde. Es wurde versucht, ihn lächerlich und mundtot zu machen. Schiemann schwärzte ihn beim Chef des Zivilkabinetts, seinem Freund Valentini, an.⁹⁶ Die Erbitterung über Hoetzsch machte sich in Verbalinjurien wie „Quatschkopf“⁹⁷ oder „Lump“⁹⁸ Luft. Bei derartigen privaten Äußerungen blieb es nicht; auch in der Presse wurde ein zunehmend schärferer Ton angeschlagen. 1917 griff schließlich der bekannte deutschbaltische Mediävist Johannes Haller mit kaum zu überbietender polemischer Schärfe Hoetzsch an in einem Pamphlet mit dem Titel „Die russische Gefahr im deutschen Hause.“⁹⁹

Haller löste mit seiner Streitschrift die heftigste Kontroverse zwischen zwei deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg aus. Punkt für Punkt zerpfückte

92) Bismarcks Erbe, in: Politik im Weltkrieg (wie Anm. 43), S. 165.

93) NPKZ 10.2.1915 = Der Krieg und die Große Politik, Bd. 1, S. 87.

94) Bismarcks Erbe (wie Anm. 92), S. 165f.

95) „Daß er sich ... die ganze Meute baltischer Politiker, die in Berlin ihr Wesen treiben, auf den Hals gezogen hat, ist selbstverständlich“, meinte von Dirksen. ZStA Potsdam, NL v. Dirksen 2, f. 241 (15.6.1917).

96) ZStA Merseburg, NL Valentini 18, f. 91–92v, 29.7.1916; vgl. auch Voigt (wie Anm. 21), S. 97 ff.

97) Lezius an Kropatschek, 19.5.1915, BA, NL Seeberg 104, f. 62.

98) Von Veh an Haller, 5.4.1917, BA, NL Haller 3, f. 103.

99) J. Haller: Die russische Gefahr im deutschen Hause (Die russische Gefahr. Beiträge und Urkunden zur Zeitgeschichte, hrsg. von P. Rohrbach, Nr. 6), Stuttgart 1917.

er das zuerst 1913, dann 1915 und 1916 in unverändertem Nachdruck erschiene-
ne Rußlandbuch Hoetzschs.¹⁰⁰ Gegen Hoetzsch behauptete er, Rußland sei
im Wesen ein asiatisch-tatarischer Staat und die Europäisierung nur dünner
Firnis. Zudem betonte er die Grundverschiedenheiten des Kiever und Mos-
kauer Reiches sowie der Ukrainer und Großrussen, um damit Rohrbachs „Ar-
tischockentheorie“ zu untermauern. Der Russe war für Haller der Feind
schlechthin. Er setzte typische Elemente des damals dominierenden, stark von
Balten geprägten deutschen Rußlandbildes als Waffe gegen Hoetzsch ein. Die
scheinbar fachwissenschaftliche Auseinandersetzung verfolgte allein den
Zweck, Hoetzsch als Rußlandkenner politisch fertigmachen. Haller, der sich
zuvor nie wissenschaftlich mit Rußland beschäftigt und vor dem Krieg nur eine
Arbeit zur baltischen Geschichte vorgelegt hatte¹⁰¹, warf Hoetzsch „Unwissen-
heit, Urteilslosigkeit, Mangel an innerer Unabhängigkeit“ vor. Dessen Ruß-
landbuch nannte er ein „seichtes Tendenzmachwerk“ und schloß mit dem Satz:
„Wer in der belagerten Stadt die Wächter zu überschreien sucht, wenn sie vor
dem Nahen des Feindes warnen, der hilft dem Feinde, ob er will oder nicht.
Wer die bestehende russische Gefahr leugnet, der ist selbst eine Gefahr, die
russische Gefahr im deutschen Hause.“¹⁰²

Die Ausführungen dieses „leidenschaftlichen Hassers“ – so Manfred Hell-
mann¹⁰³ – wurden von baltischen Publizisten und Professoren lebhaft unter-
stützt, trafen aber auch außerhalb dieses Kreises und selbst bei einem Manne
wie Max Weber¹⁰⁴ auf Zustimmung. Hoetzsch trat Hallers politisch motivier-
ter, von grenzenlosem Haß gegen alles Russische getragener Geschichtsdeu-

100) O. Hoetzsch: Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912, Berlin 1913. Zweite umgearb. Auflage: Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom Japanischen bis zum Weltkrieg, Berlin 1917.

101) Vgl. das Schriftenverzeichnis bei F. Ernst: Johannes Haller, 16. Oktober 1865 bis 24. Dezember 1947, Stuttgart 1949.

102) Haller, Die russische Gefahr (wie Anm. 99), S. 94 – In dem ungedruckten Teil seiner Erinnerungen bleibt Haller bei seinem Urteil über das Buch. Er bringt Hoetzsch als Geschäftsführer der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Rußlands“ in einen Zusammenhang mit Wirtschaftskreisen und behauptet: „Sein Buch hatte also keinen anderen Zweck, als für eine vermehrte Festsetzung des deutschen Industriekapitals in Rußland Propaganda zu machen.“ NL Haller 27, Teil III, S. 133–136, hier S. 134. – Möglicherweise stammt diese Auffassung von Schiemann, der von Anfang an Wirtschaftsinteressen hinter der Gesellschaft vermutete.

103) Hellmann (wie Anm. 4), S. A 447. Seit der Jugend war für Haller alles Russische „der Feind, ... den abzuwehren wir als unsere Lebensaufgabe ansahen.“ J. Haller: Lebenserinnerungen. Gesehenes – Gehörtes – Gedachtes, Stuttgart 1960, S. 65. Auf S. 69 hat der Herausgeber, R. Wittram, einen Absatz über den asiatisch-tatarischen Charakter und das Halbbarbarentum der Russen ersatzlos gestrichen. Vgl. NL Haller 27, Teil I, S. 72.

104) M. Weber: Rußlands Übergang zur Scheindemokratie, in: Gesammelte politische Schriften, 2. erw. Aufl., hrsg. von J. Winckelmann, Tübingen 1958, S. 192–210. Die S. 195, Anm. 1, ausgesprochene Vermutung, daß Hoetzsch Webers Arbeiten über Rußland von 1905/06 nicht gekannt habe, trifft nicht zu. Vgl. Hoetzsch, Rußland, 1913 (wie Anm. 100), S. 534, Anm. 23.

tung entschlossen, aber in ruhiger, ganz unpolemischer Weise entgegen. Er wies Haller Unkenntnis der russischen historischen Literatur und, daraus resultierend, zahlreiche Fehler, Übertreibungen, Verdrehungen und Fehltritte nach.¹⁰⁵ Ein Kritiker bemerkte zu Recht, Hoetzsch habe „seinen Gegner mit bedächtiger Gründlichkeit exekutiert.“¹⁰⁶ Hoetzsch ging nur auf die historischen Gegensätze ein, war sich aber, wie seine Schlußbemerkung zur Methode zeigt, sehr wohl bewußt, daß Hallers Angriff nicht so sehr dem Historiker, sondern eigentlich und vor allem dem Politiker galt.¹⁰⁷

Daß Hoetzsch mit der Gegnerschaft von Deutschbalten rechnen mußte, war ihm im übrigen schon beizeiten klargeworden. Im Januar 1915 schrieb er an Graf Westarp: Es ist „keine Frage, daß in der Orientierung nach Osten mit der Rückkehr zu den Bismarckschen Auffassungen der baltische Einfluß in der Beurteilung Rußlands durchaus abgeschüttelt werden muß. Weil mir das persönlich sehr schmerzlich ist, habe ich mich mit diesen Gedanken immer und immer wieder beschäftigt und sehe keine andere Möglichkeit. Daraus ist ja auch der unüberbrückbare sachliche Gegensatz zwischen Schieman und mir entstanden. Die Balten haben seit bald drei Jahrzehnten unsere Ansicht über Rußland beherrscht. Neunzehntel aller Bücher über Rußland stammen von Balten, auch weit links gerichtete Zeitungen haben für russische Dinge einen baltischen Mitarbeiter. Sosehr ich jetzt mitfühle, was in den Balten vorgeht, so klar ist mir, daß die Riesenfragen des Ostens nicht nur nach den Wünschen der 165000 Deutschen in den Ostseeprovinzen orientiert werden können. Und dieser Kern des ganzen Gegensatzes wird, je mehr man an die politische Erörterung heranrückt, unweigerlich offen ausgesprochen; ich selbst werde mich in keiner Weise scheuen, dies zu tun auch unter Verletzung persönlicher Freundschaften und Beziehungen, über denen jetzt eben die Sache steht.“¹⁰⁸

In dem gleichen Brief machte Hoetzsch auf die zahlreichen Alldeutschen, alldeutsch Orientierten und Balten in der Deutsch-Konservativen Partei aufmerksam und wies auf die Unmöglichkeit hin, „daß innerhalb derselben Partei, vor allem in den schweren Übergangszeiten, denen wir entgegengehen, die beiden einander entgegengesetzten Standpunkte so vertreten werden.“¹⁰⁹ Für seine Auffassung fand er zunächst die Unterstützung des Parteivorsitzenden von Heydebrand und des Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp.¹¹⁰ Mit dem

105) O. Hoetzsch: *Russische Probleme. Eine Entgegnung auf Johannes Hallers Schrift „Die russische Gefahr im deutschen Hause“*, Berlin 1917.

106) H. K r a n o l d: Ein Gelehrtenduell, in: *Die neue Rundschau* 29 (1918), S. 416.

107) Hoetzsch, *Russische Probleme* (wie Anm. 105), S. 143f.

108) Hoetzsch an Westarp, 21.1.1915, abgedruckt bei Voigt (wie Anm. 21), S. 311–315, hier S. 313.

109) Ebenda, S. 314.

110) Ebenda. – Zur Rückendeckung Hoetzschs durch Heydebrand auch Haller in den Erinnerungen, in: *NL Haller* 27, Teil 3, S. 135f.; von Westarp, *Konservative Politik* (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 587.

Vorrücken der deutschen Truppen nach Polen, Litauen und Kurland wuchs freilich der Appetit, und die Anhänger einer Annexion der baltischen Provinzen und einer Dekomposition Rußlands in der Partei gewannen immer mehr an Boden. Alfred von Goßler, der Verwaltungschef von Kurland, warb mit großem Engagement für diese Konzeption in der Reichstagsfraktion, „in der“, wie er rückblickend schrieb, „zunächst ein recht bedeutender Widerstand zu überwinden war.“¹¹¹ In zwei Streitschriften¹¹² wandte er sich schließlich gegen Hoetzschs „Falschorientierung der Konservativen Partei.“¹¹³ Westarp sah sich genötigt, Hoetzsch gegen Angriffe aus der Fraktion zu verteidigen.¹¹⁴ Nach der Einnahme Rigas im September 1917 und der Eroberung auch Estlands durch den sogenannten „Eisenbahnvormarsch“ im Februar 1918 gelang es allerdings Goßler, auch Heydebrand und Westarp „vollends vom Einfluß der verkehrten Hoetzschschen Auffassung über die Politik zu lösen.“¹¹⁵ Auf Westarps Wunsch mußte sich Hoetzsch bereit erklären, in der Kommentierung Zurückhaltung zu üben.¹¹⁶ Hoetzsch hatte endgültig den Rückhalt der altkonservativen Richtung verloren. Seine Konzeption einer realpolitischen Verständigung mit Rußland war dem ausufernden Annexionismus und Wunschdenken geopfert worden. Auch in der eigenen Partei war er gescheitert.

Nach der Niederlage Deutschlands im Weltkrieg waren die Kriegszielprogramme nur noch Makulatur. Das abrupte Ende der hochfliegenden deutschen Weltmachthoffnungen darf freilich nicht zu der Annahme verleiten, die historische Bedeutung der Kriegszielpublizistik sei damit schon erschöpft. In der scharfen Auseinandersetzung über die richtige deutsche Politik gegenüber Rußland hatten vor allem die Deutschbalten ihr negatives Rußlandbild einmal mehr bis ins Extrem gesteigert und in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaße verbreitet. Die wahre geistige Struktur des russischen Volkes, so wies Haller Hoetzsch zurecht, sei „das alte, ungebrochene Tatarentum, viehisch in Grausamkeit und Gier.“¹¹⁷ Weitere Klischees ähnlicher Art ließen sich zuhauf anführen. Teilweise waren sie seit dem Livländischen Krieg des 16. Jahrhunderts in Gebrauch. Zu der These vom tatarischen Wesen traten jene von

111) A. von Goßler: Lebenserinnerungen, MA, NL A. von Goßler, N98/1, f. 72.

112) A. von Goßler: Die Kreuz-Zeitung und die russische Politik, Mitau 8.2.1918 u. Der Frieden mit Rußland und die baltischen Provinzen, Mitau 4.3.1918.

113) Von Goßler, Lebenserinnerungen (wie Anm. 111), f. 92.

114) Von Westarp, Konservative Politik (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 590.

115) Von Goßler, Lebenserinnerungen (wie Anm. 111), f. 94. Vgl. hierzu auch A. Frhr. von Taube: Die baltisch-deutsche Führungsschicht und die Loslösung Livlands und Estlands von Rußland 1916–1918, in: Von den Baltischen Provinzen zu den Baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1917–1918, hrsg. von J. von Hehn, H. von Rimscha, H. Weiss, Marburg 1971, S. 132 u. 135f.; Lewerenz, Die deutsche Politik im Baltikum (wie Anm. 3), S. 192f.

116) Von Westarp, Konservative Politik (wie Anm. 44), Bd. 2, S. 589 u. 591.

117) Haller, Die russische Gefahr (wie Anm. 99), S. 93.

der Herrschafts- und der Kulturunfähigkeit der Russen.¹¹⁸ Um die politische Forderung einer Dekomposition Rußlands zu untermauern, wurde ein grundlegender Unterschied zwischen Russen und Ukrainern behauptet. „Moskau ist nicht die Fortsetzung von Kiev, sondern etwas Neues“¹¹⁹, ja, Moskau sei „sogar das Gegenteil“¹²⁰ von Kiev, nämlich „die Fortsetzung der ‚Goldenen Horde‘ und der Zar von Moskau der Erbe des Tatarenkhans.“¹²¹ Rohrbach sekundierte Haller, indem er die Ukrainer gegenüber den „tatarischen Großrussen“ rassisch veredelte und ihnen germanisches Blut seit der Varägerzeit zuerkannte.¹²²

Diese Auffassungen wirkten trotz der fachmännischen Kritik von Hoetzsch und anderen über den Weltkrieg hinaus weiter, amalgamierten sich mit der bolschewistischen Gefahr, erlebten im Nationalsozialismus eine neue Blüte, wurden weiter rassistisch aufgeladen und wurden teilweise selbst noch nach dem Zweiten Weltkrieg während des Kalten Krieges als probates politisches Palliativ empfohlen. Eine ins Einzelne gehende, differenzierende Erforschung der hier nur angedeuteten Kontinuität ist eine Aufgabe, die zu lösen, der deutschen Geschichtswissenschaft noch aufgegeben bleibt.

118) Hierzu Liszkowski (wie Anm. 21), B. II, 3.

119) Haller, *Die russische Gefahr* (wie Anm. 99), S. 16f.

120) Ebenda, S. 20.

121) Ebenda, S. 26.

122) P. Rohrbach: *Der Kampf um Livland*, München 1917, S. 4. – Die Denkschrift des Baltischen Vertrauensrates betonte in ähnlicher Weise die „starke Beimengung deutschen Blutes“ bei Letten und Esten. Letztere wurden gar als „germanisch-finnisches Mischvolk“ bezeichnet. Die Deutschen Ostseeprovinzen (wie Anm. 15), S. 12 u. 14.

Summary

“The Russian Danger in the German House”: Otto Hoetzsch as a Critic of the German-Baltic Policy towards Russia in the First World War

German Balts who had emigrated from Russia, took part in German war aim journalism of the First World War on a large scale. Agreeing upon the contempt for the Russian man and his culture as well as upon the hatred against the Russian state, they required the liberation of their homeland from the “Russian yoke”. One of the most decisive opponents of their anti-Russian conception was Otto Hoetzsch, historian in the field of Eastern Europe, publicist and German-conservative politician in Berlin. Although he was a disciple of the German-Balt Theodor Schiemann and estimated the German character of the Baltic provinces, he disengaged himself from the Baltic point of view as regards the judgement of Russia even before the First World War. To the scientific insight he added the political conviction that Germany in the long run was dependant on good relations to Russia not least in order to succeed with its plan concerning an imperialist policy. He could only imagine a defensive war aim in the East. He had in mind a negotiated peace with Russia on the basis of the status quo ante with certain border corrections in mutual agreement. He categorically rejected the idea to decom-

pose the tsarist empire in its national components and to annex the Baltic provinces to Germany as was demanded by German-Baltic, all-German and other annexationists. He refused the historical, cultural and racial arguments as well as the arguments concerning settlement and power politics, which had been advanced by the annexationists, as unfounded, one-sided or simply wrong. As he was able to hold his view of the Russian orientation of German policy in a journalistically effective way, he attracted the German-Balts' anger on an increasing scale. Climax of the attacks being accompanied by personal invectives, was a pamphlet by the German Balt medievalist Johannes Haller who denounced Hoetzsch as "The Russian Danger in the German House". Hoetzsch opposed against Haller's interpretation of history, which was characterized by political motives and dictated by boundless hatred against all things Russian, in a decisive and exemplarily objective way without being able, however, to convince his opponents. After the German advance to Courland and Estonia, he finally lost even the support of the leaders of the German-Conservative Party, whom he served as an adviser as regards foreign policy. The Russophobic statements which had been increased and spread on a till then unknown scale by Haller and other German-Balts, kept to have effect, however, also after the turning point of the First World War.